

Hochschule



Wem von welchem Konto wieviel Stunden ab dem nächsten Semester abgebucht werden, steht in einer Verordnung und auf

Seite 2

Internet



0190-Nummern über zensierte Internetseiten können nicht nur den AnruferInnen, sondern auch dem Betreiber teuer zu stehen kommen

Seite 3

Rezension



Wie aus „Nie wieder Deutschland!“ unter Rot-Grün ein „Nie wieder Krieg ohne uns!“ wurde, schildert ein aktueller Sammelband

Seite 4



Studieren an der polychlorierten Universität Uni schweigt PCB-Skandal tot

In der letzten Woche wurde in der bsz erstmals über das PCB-Problem an der Ruhr-Universität berichtet. Die Presse nahm das Thema letzte Woche eher vorsichtig auf, was überwiegend daran liegt, dass die Pressestelle der Ruhr-Universität das Problem weiter herunterspielt. Diese widersprach dem Vorwurf, es sei nicht richtig informiert worden und verwies dabei auf zwei Rundschreiben von Mai und August.

Besagte Rundschreiben gab es tatsächlich und sie sind ein eindrucksvolles Beispiel der Kunst, formal der Informationspflicht zu genügen und dabei trotzdem kein unnötiges Aufsehen zu erregen. Im Rundschreiben vom 14. August findet sich der Hinweis, dass werdende Mütter nicht in Räumen mit einer Konzentration über 300 ng/m³ arbeiten dürfen. Auch findet sich der Hinweis, dass dieser Wert in etwa 90 % aller gemessenen Räumen überschritten wird. Aber, dass die Messwerte gleich um ein Vielfaches überschritten werden,

wurde nicht erwähnt. Zudem wurden die VertreterInnen der Studierenden auf Fakultäts- und auf Uni-Ebene nicht informiert – laut Pressestelle wurden diese ebenfalls über die Dekanate informiert.

Folgerichtig finden sich in dem Schreiben auch keine Hinweise auf die Gesundheitsgefahren für die ungeborenen Kinder schwangerer Studentinnen. Informiert wurden nur die schwangeren Mitarbeiterinnen, was ist jedoch mit den stillenden Müttern? PCB wird insbesondere auch über die Muttermilch übertragen, wie eine Studie des MUI (Medizinisches Institut für Umwelthygiene) herausfand, an der auch ein Institut der RUB beteiligt war. In dieser Studie wird ein negativer Zusammenhang zwischen PCB-Konzentrationen in der Muttermilch und geistiger bzw. motorischer Entwicklung ab dem 30. Lebensmonat festgestellt. Die Studie ist unter www.asta-bochum.de/pcb verlinkt.

Gegen die Kritik des AstAs an der eigenwilligen Informationspolitik der

Uni wird zudem ins Feld geführt, das Dezernat für Betriebstechnik (Dezernat 5) hätte die Messergebnisse zumindest intern ins Internet gestellt. Dies geschah allerdings erst am 15.10. nachdem bekannt wurde, dass der AstA hinsichtlich der überhöhten PCB-Raumluftkonzentrationen aktiv wird. Alle bisherigen Messergebnisse können von außerhalb der Uni auf der Internetseite des AstAs abgerufen werden.

Man kann nicht nur bei den VertreterInnen der Studierenden den Verdacht bekommen, diese seien absichtlich nicht oder nur unzureichend informiert worden. Auch dem Personalrat wurden die vollständigen Protokolle der Messreihe erst Anfang Oktober bekannt gemacht – und zwar nicht vom den eigentlich zuständigen, sondern durch den AstA.

Ein neuerliches sogenanntes Rundschreiben zur PCB-Problematik vom 10. Oktober ist wiederum nicht an den AstA geschickt worden. Es stellt sich nun doch die Frage, ob hier gezielt nicht informiert wird. Dem AstA ist dieses Schreiben zugespielt worden. Für uns ist es dennoch unverständlich, warum sich die Angehörigen der Universität die Informationen gegenseitig zuschieben müssen, um auf dem Laufenden zu bleiben. Eine kleine PCB-Chronik ist ebenfalls auf der AstA-Webpage zusammengefasst.

In der letzten Woche versuchte der Pressesprecher der RUB vehement, sich gegen den Vorwurf der „gestörten Informationspolitik“ zu wehren. In Interviews mit dem WDR und der Jungen Welt wurden jedoch gegen Ende der letzten Woche bereits Fehler eingeräumt. Aber die Verantwortlichen an der Uni scheinen ihre „gestörte Informationspolitik“ fortsetzen zu wollen. Vergebens werden Informationen an schwarzen Brettern oder auf den Hauptseiten der Uni gesucht und die Messwerte sind immer noch nur intern abrufbar.

In einem Interview mit der Jungen Welt bezieht sich die Uni darauf, dass PCB nur in Raumluftkonzentration über 3000 ng/m³ so schädlich sei, dass dringend gehandelt werden müsse. Das ist nach der geltenden PCB-Richtlinie des Landes richtig, allerdings sprechen Studien, die teilweise im eigenen Haus erstellt wurden, eine andere Sprache.

Es stellt sich die Frage, warum hier so schlecht gearbeitet wurde, obwohl die Gefahren von PCB sehr einfach nachgefragt hätten werden können. Einige Institute, die sich wissenschaftlich mit dem Thema befassen, sitzen direkt auf dem Campus. Auch das Hygiene-Institut des Ruhrgebiets, das die Messreihen durchführt, ist ein An-Institut der RUB.

AstA-Referat für Ökologie



Jubel: Rektorat greift ein! Master in der Geographie bleibt noch zulassungsfrei

Während des Sommersemesters gab es die ersten Berichte, dass Masterstudiengänge grundsätzlich zulassungsbeschränkt sein sollen. Bei einer Konferenz der europäischen BildungsministerInnen in Berlin im Dezember gab es dann auch erste Einschätzungen in Zahlen. 70 % aller Studierenden werden nach dem Bachelor die Hochschule verlassen.

So dachte sich dann das Geographische Institut diese Diskussion direkt in die neue Master-Prüfungsordnung einfließen lassen zu müssen und sich die Möglichkeit einer Zulassungsbeschränkung offen zu halten. Bei der Diskussion um die generelle Einführung der neuen Studiengänge war und ist es die „Bochumer Linie“, dass ein konsekutives Studienmodell entwickelt wird. Dies wurde auch immer in der Art vermittelt, dass der Master-Studiengang direkt auf den Bachelor aufbaut und es keine Hürden

geben wird, die diesen Übergang behindern. Nur ein Beratungsgespräch über den Wechsel und die Aufnahme des Master-Studiums soll stattfinden. Dies wurde vom Rektorat in der Sitzung des Senats vom 26. Juni 2003 nochmals ausdrücklich betont. Das Bochumer Modell der gestuften Studiengänge sieht keine Beschränkung der Zulassung zum Master vor. Gerade im Hinblick des Vertrauensschutzes der Studierenden muss unter allen Umständen daran festgehalten werden.

Durch eine kleine, aber feine Änderung im Entwurf der Prüfungsordnung zum Geographie-Master sollte dies ausgehebelt werden. Aus einer „wird“-Formu-

lierung – an den Bachelor wird sich der Master anschließen – wurde eine „kann“-Formulierung. Zwar versicherten die Lehrenden des Geographischen Instituts, dass vorerst niemand daran denken würde, die Zulassung zum Master zu beschränken, aber für den Fall, dass plötzlich doch alle Bachelor-Studierenden einen Master machen wollen, müsse über die Kapazitäten nachgedacht werden.

Zurück zum Verfahren der Prüfungsordnung. Gegen die Stimmen der studentischen VertreterInnen

im Fakultätsrat wurde diese dann beschlossen. Allerdings kassierte das Rektorat diese Formulierung wieder, so dass erstmal alle, die den Geographie-Bachelor studieren in den Master werden wechseln können. Und angesichts der sehr hohen ErstsemesterInnen-Zahlen in Geographie in diesem Semester (Anfang Oktober sind es schon 430), wäre es für das Institut sicher sehr naheliegend gewesen, bereits jetzt diese „kann“-Formulierung anzuwenden. So zeigt sich auch, dass studentische Interessensvertretung wichtig und gelegentlich sehr erfolgreich ist.

Fachschäftsrat Geographie

:bochumin kürze

Gedenken ohne das offizielle Bochum

Dass die durch die NationalsozialistInnen verfolgten Sinti und Roma nur „Opfer zweiter Klasse“ zu sein scheinen, legt zumindest das Verhalten von Bochumer KommunalpolitikerInnen nahe. Diese blieben nahezu komplett (einzige Ausnahme: Der Sprecher der Grünen im Rat) einer Gedenkveranstaltung fern, die an die in den Konzentrationslagern der Nazis ermordeten Sinti und Roma erinnern sollte. Die VeranstalterInnen äußerten sich enttäuscht, und der Grüne entschuldigte sich. Waren die anderen wohl nicht gekommen, weil bereits ihre Eltern (der Opa war natürlich kein Nazi) sie vor den „Zigeunern“ warnten?

Bestimmt unbestimmter Kommunismus

Zu einem internationalem Kongress über die Frage nach der Aktualität des Kommunismus laden vom 7.-9. November unter anderem die Gruppen Kritik und Praxis aus Berlin, DemoPunk aus Frankfurt, die Kulturstiftung des Bundes und der Suhrkamp-Verlag ein. In zahlreichen Foren, Vorträgen, Diskussionsrunden aber auch Kulturveranstaltungen soll vor allem die Frage diskutiert werden, wie es über zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus noch möglich ist, eine radikale Kritik an der bürgerlichen Gesellschaft zu formulieren und zu einer wirkungsmächtigen Praxis zu gelangen. Angesichts der Tatsache, dass der Kapitalismus inzwischen weltweit sein Wesen und Unwesen treibt, soll versucht werden, über mögliche Alternativen jenseits von Arbeit, Staat und Kapital zu reflektieren. Den VeranstalterInnen gelang es zahlreiche Philosophinnen, Kulturschaffende, SozialwissenschaftlerInnen und andere vermutliche ExpertInnen aus dem In- und Ausland als ReferentInnen zu gewinnen. Das Programm fällt dabei so umfangreich aus, dass an dieser Stelle auf die Webseite des Kongresses <http://www.kommunismuskongress.de/> verwiesen werden soll. Dort finden sich das komplette Programm, Texte zur Einführung in Konzept und Idee des Kongresses sowie auch die Möglichkeit sich online anzumelden.

Bogestra setzt AStA-Forderung um

Seit 1993 bringt uns die geliebte Linie U35 zur Ruhr-Uni. Auch seit 1993 wird der Takt in den Schulferien auf 10min verkürzt, aufgrund der etwa 2000 wegfallenden SchülerInnen. Seit langem fordert das AStA-Ökologie-Referat die Beibehaltung des 5min-Taktes während der Vorlesungszeit. Diese Woche sind wieder Schulferien, aber dieses Jahr ist es anders. Nachdem bereits letztes Jahr in den Schul-Herbstferien der 5min Takt bis halb elf ausprobiert wurde, es danach wieder sehr eng wurde, erkundigte sich die Bogestra beim AStA, ob wir irgendwelche Aktionen durchführen und die Bahnen absichtlich überfüllen. Dies konnte mit dem Hinweis, das auf dem Campus etwa 40000 Menschen studieren und arbeiten, verneint werden. Dieses Jahr gibt es so wie der AStA das forderte den 5min-Takt ganztägig. Super Bogestra. Nächstes Ziel: Nacht-express am Donnerstag nach Uni-Partys.

Herzensbrecherin für die Brust

Bochum wird wohl noch lange brauchen, um zu einer Weltstadt aufzusteigen. Denn in einer solchen Stadt würde sich die Ordnungsmacht niemals mit einer Comicfigur beschäftigen. In der Ruhrstadt jedoch reicht schon die Verwendung der Kinder-Comicfigur Emily, um die Alarmglocken schrillen zu lassen.



Wie die bsz berichtete (s. Ausgabe Nr. 607), wurde der Betreiber des Internetportals bo-alternativ angeklagt, da er ein Plakat veröffentlicht hatte, auf dem die Figur der Emily angeblich zu Gewalttaten aufrufe. Durch diese und andere im Zuge der Kundgebungen gegen die Nazi-Aufmärsche Anfang dieses Jahres angestregten Klagen sind den Beklagten nicht zuletzt Kosten entstanden.

Zur Refinanzierung haben nun einige freundliche AntifaschistInnen die 80er Jahre wiederentdeckt. Da in dieser Dekade das Tragen von Buttons genauso zum guten Ton gehörte wie heute Handys, wurden viele Solibuttons hergestellt. Schicke Buttons, auf denen die bekannte Comicfigur abgebildet ist, sind nun käuflich erhältlich. Für einen schlappen Euro können sie am notstand im Service-Referat des AStA erstanden werden. Somit wird es endlich möglich, sich Solidarität nicht nur auf die Fahnen zu schreiben, sondern sogar an die Brust zu heften.

Dortmund: Rechte Szene wird verharmlost Anschlag auf Wehrmachtsausstellung

Mitte letzter Woche wurde in Dortmund ein Anschlag auf die Wehrmachtsausstellung verübt. Dieser stellt den bisherigen Höhepunkt in einer Reihe rechter Aktionen dar, die ebenso wie die Bedeutung der extrem rechten Szene in Dortmund von offizieller Seite kontinuierlich totgeschwiegen und verharmlost wird.

Im Laufe des Nachmittags des 13. Oktober war auf der Herrentoilette vermutlich Buttersäure freigesetzt worden, welche übel riecht und Augen wie Atemwege reizt. Da sich die Dämpfe der Säure u.a. über die Lüftungsanlage rasch im Gebäude verbreiten konnten, musste die Ausstellung kurzzeitig evakuiert und geschlossen werden. In welchen Reihen die TäterInnen zu suchen sind, ist nach den Ereignissen der letzten Wochen abzusehen, polemisiert doch schon seit Eröffnung der Ausstellung ein Bündnis aus neonazistischen Kameradschaften, DVU und NPD gegen diese. Erst in der Nacht vor dem Tag des Anschlags war der Eingangsbereich des Museums mit Hakenkreuzen beschmiert worden.

Auf einer bekannten neonazistischen Internetseite heißt es denn auch „Kameraden“ hätten den Anschlag verübt und man jubelt über die „erste direkte Aktion gegen die Ausstellung seit der 'Überarbeitung'“. Durch diese Aktion kann das Museum bis Mittwoch nicht geöffnet werden! Zwei Tage gingen den Volksverhetzern dadurch verloren. Das war ein klares Zeichen gegen die Verunglimpfung unserer Soldaten. Wer gegen unser Volk hetzt muss wissen, dass es immer Leute geben wird, die sich diese Hetze nicht gefallen lassen“. Bezug genommen wird hierbei auf den Sprengstoffanschlag, welchen vermutlich ebenfalls Neonazis auf die erste Wehrmachtsausstellung verübten, als diese in Saarbrücken gastierte.

Schülerstreik!

Die Stadt Dortmund wie auch die örtliche Polizei wollen den politischen Hintergrund jedoch anscheinend unter den Teppich

kehren. So bedauert der städtische Kulturdezernent den „Vorfall“ und spricht von „grobem Unfug oder andere(n) Motive(n)“. Auch die Polizei bemüht sich das Wort Anschlag nicht zu verwenden und betont, dass sich „Anzeichen für einen politisch motivierten Hintergrund (...) bisher nicht ergeben“ hätten. Da die Ausstellung zur Tatzeit nur für SchülerInnen geöffnet war, konzentrieren sich die Ermittlungen auf die SchülerInnen sowie deren Begleitern, welche allesamt namentlich angemeldet waren. Wenngleich die TäterInnen

suche hierdurch einfacher werden dürfte, sieht es kaum danach aus, dass die wirklichen Hintergründe aufgeklärt werden. Eher steht eher zu befürchten, dass demnächst eine (rechter) Schülerin präsentiert wird, der/die lediglich keine Lust auf den Besuch der Ausstellung gehabt habe. Denn nach Angaben der Polizei gibt es bislang nicht nur keine Erkenntnisse über mögliche TäterInnen, sondern auch nicht über ein Motiv – ein „politisch motivierter Hintergrund – etwa durch Rechtsextremisten“ sei allerdings nicht auszuschließen.

Rechte Kampagne

Bereits gegen die Eröffnung der Ausstellung demonstrierten am 20.09. rund 800 Neonazis, an den vergangenen Samstagen kamen jeweils etwa 80 zu Kundgebungen gegen die Ausstellung. Für den 25.10. werden erneut Hunderte Neonazis zu einer bundesweiten Demonstration in Dortmund erwartet.

Auch an Schulen im Dortmunder Stadtgebiet und vor dem Eingang der Ausstellung werden systematisch Flugblätter verteilt, in denen die Verbrechen der Wehrmacht geleugnet, die Ausstellung verunglimpft und den Tätern gedacht wird.

Während einer Veranstaltung des „Arbeitskreis für Geschichte und Politik“ – unter diesem Tarnnamen hat sich die extrem rechte DVU in das Museum eingemietet – wurde in den Räumen des Museums ein Lehrer unter den Augen der Museumsleitung von Mitgliedern der „Kameradschaft Dortmund-Dorstfeld“ tödlich angegriffen. Am 24.10. will die DVU dort eine weitere gegen die Ausstellung gerichtete sog. „Gegenausstellung“ durchführen.

Systematische Verharmlosung

Dieser Umgang mit dem Säureanschlag ist exemplarisch für das Verhalten der Verantwortlichen von Polizei und Stadt. Bereits seit geraumer Zeit ist man in Dortmund dazu übergegangen, sowohl Aktionen als auch die Existenz der lokalen neonazistischen Szene zu ignorieren. So wurden Demonstrationen und Aktionen von bis zu einhundert lokalen Rechten schon vielfach totgeschwiegen, sowohl von Stadt und Polizei als auch der Lokalpresse. Noch zu Beginn dieses Jahres behauptete der Leiter der Abteilung Staatsschutz der Dortmunder Polizei, man könne „keine Entwicklung feststellen, dass irgendwelche Aktivitäten ansteigend sind.“ Das dies mitnichten so ist, versuchen nicht nur antifaschistische Gruppen seit langem zu thematisieren, der Verfassungsschutz NRW stellte nur drei Wochen später fest, dass es sich bei der Dortmunder Neonaziszene „inzwischen um die größte Neonazi-Gruppierung in Nordrhein-Westfalen mit ausgezeichneten Verbindungen zu vielen Neonazi-Größen im Bundesgebiet“ handelt.

Für den AStA der RUB, so dessen Vorsitzender Jan Reinecke, stellt sich nun einmal mehr die Frage, wann die Verantwortlichen in der Nachbarstadt den Ernst der Lage erkennen und aktiv werden.

AStA-Referat für Grund- und Freiheitsrechte

Jippie! Lohn für all die Lethargie-Mühen! Studienkonten – F.A.Q.

Schon wieder ein Studienkontenartikel? – Ja! Nicht nur, dass so langsam etliche StudentInnen aus ihrem Dornröschenschlaf erwachen und sich fragen: „Muss ich etwa zahlen?“ (denen hiermit die Mühe erspart wird, eine vergilbte bsz hervorzukramen), und es informationsdurstige ErstsemesterInnen gibt, nein, auch ist das Studienkontengesetz jetzt endlich durch Verwaltungsverfahren und Rechtsverordnung filigran ausgeschmückt.

Um nicht alle zu sehr zu langweilen, sei das Herauslesen der individuell relevanten Daten beschleunigt und auf Erklärungen, warum Studienkonten doof sind, verzichtet:

Wieviel muss gezahlt werden?
650 Euro pro Semester.

Ab wann?
Ab Sommersemester 2004.

Wer muss zahlen?
Wer die 1,5-fache Regelstudienzeit überschritten hat und ein Teil der ZweitstudiumsabsolventInnen.

Welche ZweitstudiumsabsolventInnen?
Die, die ihren Abschluss vor dem Sommersemester 2004 an einer deutschen oder ausländischen Hochschule gemacht haben, oder später an einer deutschen Hochschule. Ausnahmen: Der Abschluss ist ein Bachelor und der Zweitstudien-gang ist ein zu diesem Bachelor konsekutiver Masterstudiengang;

der Abschluss wurde im EU-Ausland erworben, und wird von der Hochschule nicht als gleichwertig anerkannt; oder der Abschluss wurde im Nicht-EU-Ausland erworben, wird von der Hochschule nicht als gleichwertig anerkannt und die/die StudentIn ist im Sommersemester 2004 bereits an einer nordrhein-westfälischen Hochschule eingeschrieben.

Wie funktioniert das mit dem Konto?

Diejenigen, die nicht sofort zahlen müssen (siehe oben), bekommen ein Konto mit 200 Semesterwochenstunden. 200 dividiert durch die 1,5-fache Regelstudienzeit in Semestern ergibt die Semesterwochenstundenanzahl, die für jedes eingeschriebene Semester rückwirkend vom Guthaben abgezogen wird. Ab 2007 sollen die Semesterwochenstunden individuell und nicht mehr pauschal abgebucht werden. Wer kein Guthaben mehr hat, muss zahlen. Dies aber wenigstens nicht rückwirkend.

Und wie ist das mit Studiengangwechseln?

Wer bis Beginn des dritten Hochschulsemesters wechselt/e, bekommt nach dem Wechsel ein neues Guthaben von 200 Semesterwochenstunden. Wird später gewechselt, wird die Regelabbuchung vor dem Wechsel von der Regelstudienzeit des zuerst studierten Studiengangs bestimmt und entsprechend wird nach dem Wechsel die Regelstudienzeit des aktuellen Studiengangs für die Regelabbuchung herangezogen. Wurde allerdings vor dem Sommersemester 2004 gewechselt, so ist für alle Abbuchungen die Regelstudienzeit des aktuellen Studiengangs maßgebend.

Wurde vor Einführung des Studienkontenmodells an Hochschulen studiert, die ausschließlich drittmittelfinanziert waren oder Studiengängen für die bereits studierten Semester entrichtet, so kann beantragt werden, für diese Semester keine Regelabbuchungen vorzunehmen.

Ich bin für zwei Studiengänge eingeschrieben...

Dann wird für die Regelabbuchung der Studiengang mit der geringsten Regelstudienzeit herangezogen.

Bachelor und Master?

Wurde der Bachelor vor Sommersemester 2004 erworben, so wird für einen konsekutiven Master ein neues Guthaben von 200 Semesterwochenstunden eingerichtet, von dem wie oben beschrieben abgebucht wird. Wird der Bachelor später erworben, so wird die Regelstudienzeit des Bachelors und des Masters addiert und daraus die Regelabbuchung errechnet.

Was passiert mit Restguthaben?

Restguthaben können für ein Zweitstudium verwendet werden. Dann werden für jedes Semester des Zweitstudiums 25 Semesterwochenstunden abgebucht. Liegt ein Restguthaben unter dieser Regelabbuchung, so kann es nicht genutzt werden.

Und wenn ich beurlaubt war?

Dann wird für das entsprechende Semester nichts abgebucht.

Kann ich mich vorm Zahlen drücken?

Bonusguthaben: Es können bis zu vier Regelabbuchungen ausgenutzt werden aufgrund der Erziehung minderjähriger Kinder, bis zu drei für das Mitwirken in Organen der Hochschule, des Studentenwerks oder der Studierenden

Fortsetzung gegenüber

波鴻大学学生报纸祝
賀“神舟”五号的英
雄太空人杨利伟同志

Das Internet vor Gericht

Berufsverbot wegen satirischer Webseite

Wer meint, Berufsverbote gehörten in die bleierne Zeit der düsteren 70er Jahre, muss sich jetzt eines besseren belehren lassen. Dem Internet-Bürgerrechtler Alvar Freude wurde wegen einer satirischen Webseite jetzt von der Staatsanwaltschaft eine Freiheitsstrafe und Berufsverbot angedroht. Und das alles, weil Alvar Freude auf die problematischen Zensurmaßnahmen in NRW aufmerksam machen wollte.

Doch der Reihe nach: Im Dezember 2001 begann das sich zuständig fühlende Regierungspräsidium Düsseldorf unter der Leitung von Jürgen Bussow das Internet zu zensurieren. Zumindest in NRW sollte den Internet-NutzerInnen eine heile Welt im Datennetz vorgegaukelt werden, wo es keine Nazis, keine KinderschänderInnen und nur liebe, normierte und angepasste Menschen gab.

Zensur fürs Internet

Per Sperrverfügung sollten die Provider, die den Internetzugang herstellen, gewisse Seiten aus dem Internet aussperren, also nichts anderes als einen Zensurfilter installieren. Da auch die Ruhr-Uni ein solcher Zugangs-provider ist, betraf dies auch die Universität. Diese Sperrverfügung rief viele KritikerInnen auf den Plan, war sie doch nicht nur sehr leicht zu umgehen (in dem man einen Computer [Proxy] zwischenschaltet, der nicht in NRW oder China steht, siehe auch <http://www.ccc.de/censorship/dns-howto/>), sondern zeugte auch nicht von großem technischen und gesellschaftlichen Sachverstand. So sollten erst mal nur vier Seiten gesperrt werden, nach den Protesten wurden dann nur zwei Nazisseiten gesperrt. Das Vorhaben wurde von vielen vor allem als niedrigschwelliger Versuch gewertet, Zensurmaßnahmen auch in Deutschland einzuführen. Neben vielen Menschen, darunter auch der medienpolitische Sprecher der SPD-Bundestagfraktion, fand auch der Internetaktivist Alvar Freude die Zensurmaßnahmen des Düsseldorfer Regierungspräsidenten absurd.

Wie leicht Menschen durch Filter zu manipulieren sind, ohne daß sie es merken, hat Alvar Freude in einem Experiment (http://odem.org/insert_coin/) beschrieben. Der Internetzugang von 250 Versuchskaninchen der Merz-Akademie wurde manipuliert, so dass in allen Artikeln bei Spiegel-Online aus Helmut Kohl Gerhard Schröder wurde und ähnliche Spielereien. Kaum jemand bemerkte die Manipulation und selbst als diese veröffentlicht wurde, gab es keinen großen Widerstand.

Nach der Sperrverfügung begann ein nicht nur juristischer Kleinkrieg zwischen Alvar Freude und dem Regierungspräsidium. Freude verklagte die Düsseldorfer Behörde wegen Verstoßes gegen das Fernmeldegeheimnis (dieses Verfahren wurde eingestellt) und wollte Akten nach dem Informationsfreiheitsgesetz einsehen, doch hier mauerte die Behörde wie 1961 noch Walter Ulbricht. Gegen Alvar Freude wurden dann im Gegenzug zwei Anzeigen eingereicht: 2002 reichte ein Düsseldorfer IT-

Unternehmer, bei dem nicht klar ist, in welchen geschäftlichen Zusammenhängen er mit der Bezirksregierung steht, eine Anzeige wegen Volksverhetzung ein, da auf Freudes Seiten odem.org in einer Dokumentation die Internetadressen der rechtsradikalen Seiten verzeichnet wurden. Ein ähnliches Verfahren gegen den Berliner Journalisten Burkhard Schröder wurde bereits 2001 eingestellt, da es sich bei ihm (genau wie in Freudes Projekten) um eine Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens handelt. Weiterhin wurde Freude in diversen Online-Foren von besagtem Unternehmer als Nazi diffamiert.

Mit Humor ins Berufsverbot

Aus Protest gegen die Zensurmaßnahmen stellte Alvar Freude ein neues satirisches Projekt ins Netz (<http://w2p.odem.org/>). Unter dem Namen FreedomFone (vormals Tele.Trust, der Name musste aus markenrechtlichen Gründen wieder aufgegeben werden), wurde eine einzigartige Dienstleistung angeboten: Bei Anruf einer gebührenpflichtigen 0190-Nummer bietet FreedomFone „als führender deutscher Web-to-Phone-Service garantiert unzensuriertes Internet am Telefon“ wie es im reinsten New-Economy-Neusprech auf der Webseite zu lesen ist. Gegen diese satirische Webseite stellte im Juni 2003 dann eine Mitarbeiterin von Jürgen Bussow Strafanzeige wegen der Verbreitung extremistischer Inhalte. Insbesondere die Verlinkung von problematisch angesehenen Seiten unter einer Top7-Rubrik wurde angekreidet. Diese werden automatisch aus einer Liste generiert, „die von Behörden oder Organisationen als unerwünscht

betrachtet und eingestuft worden sind. Hierzu gehören beispielsweise Hyperlinks auf Websites für Safersex, für oder gegen Homosexualität, Websites jüdischer Organisationen und von deren Gegnern, oder die Website der „Peaceable Texans for Firearms Rights“, so der Anwalt von Alvar Freude.



Diese beiden Anzeigen wurden von der Stuttgarter Staatsanwaltschaft zu einem Verfahren verbunden und in dem Schreiben an Alvar Freudes Anwalt schrieb diese dann: „Ich erlaube mir bereits jetzt darauf hinzuweisen, dass angesichts der Massierung der strafbaren Seiten aus verschiedenen Bereichen über die angestrebte, hier übliche Freiheitsstrafe hinaus die Beantragung der Einziehung der Tatmittel sowie ein Berufsverbot im Raume stehen.“ Weiterhin im Raume steht auch, wie man einem freien Medien- und Webdesigner Berufsverbot erteilt, ob Telefon und Brille auch zu den Tatmitteln gehören (immerhin können ohne Brille keine Seiten aus dem Internet vorgelesen werden).

Doch im Grunde genommen ist die Sache weniger witzig. Auch wenn diese Vorwürfe absurd erscheinen und das Verfahren eingestellt wird, es zeigt mal wieder erschreckend, wie KritikerInnen in die Mühlen der Justiz kommen und dort wenn auch nicht zermalmt werden, so doch durchaus Federn lassen müssen. Die kürzliche Verurteilung des bo- alternativ.de-Machers Martin Budich in Bochum und vergangene Fälle von Zensur gegen einen Comicverlag (die zwar auch alle hirnrißig waren, den Verlag aber fast in den Ruin stießen), zeigen, dass es sich hierbei nicht um Einzelfälle handelt, sondern dass Staatsanwaltschaften beim Umgang mit Grund- und Freiheitsrechten immer wieder zielsicher ins Fettnäpfchen treten. Und wer meint, mit Zensur löse man Probleme: Nazis wird es auch dann noch geben, wenn alle Nazi-Seiten zensiert sind. Nazis haben andere Ursachen als schlecht gemachte Webseiten. Heute sind es nur Nazi-Seiten die gesperrt werden, morgen sind es die Satire-Seiten, die diese Sperrung anprangern und übermorgen alle Seiten, die den entsprechenden Menschen an den Hebeln der Zensur nicht in den Kram passen.



hai

Fortsetzung von Seite 3

denschaft, oder der Wahrnehmung des Amtes der Gleichstellungsbeauftragten. Außerdem können aufgrund studienverlängernder Auswirkungen einer Behinderung oder einer schweren Krankheit Regelabbuchungen unterlassen werden. Dies muss bis Ende des betreffenden Semesters beantragt werden, oder, falls es sich um Semester vor Sommersemester 2004 handelt, spätestens bis 30. September 2004.

Härtefälle: Die Gebühr kann teilweise oder ganz erlassen werden, wenn StudentInnen Opfer einer studienzeitverlängernden Straftat sind, oder sich in einer wirtschaftlichen Notlage in unmittelbarer Nähe ihres Abschlusses befinden, oder die wirtschaftliche Notlage aus besonderen familiären Belastungen hervorgeht.

Was mache ich, wenn ich noch mehr wissen will?

Beratungen des AStA-Referats für Hochschulpolitik: Mittwochs von 10 bis 12 Uhr und Donnerstags von 16 bis 18 Uhr.

Andrea Braunhausen
(AStA-Referentin für Hochschulpolitik)

Anzeige

Die Flohmarkthallen
haben di. & fr. geschlossen,

2nd STORE

aber
mo. 10–18 h, mi. 10–19 h, do. 10–18 h & sa. 10–15 h
geöffnet!

Hermannshöhe 7 • 44789 Bochum • 0234/313191

Mittwoch, 22. Oktober

work hard – die young

Jungle World diskutiert über die Zerschlagung des Sozialstaats mit: Bernd Beier (Redaktion Jungle World), Felix Klopotek (Autor, Stadtrevue Köln), ein/e VertreterIn der Gruppe Krisis; Moderation: Stefan Wörner (Jungle World)
20.00 Uhr, Zeche Carl, Essen

Formeln, Bomben und Raketen

Naturwissenschaft und Krieg in Geschichte und Gegenwart.
Referent: Dr. Jürgen Altmann.
In dem Vortrag über die Rolle der Naturwissenschaft bei Aufrüstung und Krieg geht es vor allem um die Atombombe und den Rüstungswettlauf seit Beginn des Zweiten Weltkrieges. Ein Ausblick beleuchtet den Stellenwert der Naturwissenschaft für Abrüstung und Frieden.
17.00 Uhr, Universität Dortmund, Hörsaalgebäude II, Hörsaal 2

Treffen des Anti-Atom-Plenums

20.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Raum 4

Samstag, 25. Oktober

„Deutsche Täter sind keine Opfer“

Demonstration gegen den zweiten Nazi-Aufmarsch in Dortmund
Mehr Infos unter www.no-nazis.de
10.30 Uhr, Platz der alten Synagoge, Dortmund

Bochumer Sozialforum:

Gründungsveranstaltung mit großer Konferenz, Kulturteil und abendlicher Party
ab 13 Uhr, Bhf. Langendreer



Sonntag, 26. Oktober

Stadtrundgang: Bochum in der NS-Zeit

Veranstaltung des VVN-BdA und der VHS Bochum, Entgelt: 3,50 Euro
14.00 Uhr, Rathaus Bochum an der Glocke

Matinee der LiedersängerInnen: Deidre Starr | Irland + Neuseeland

(Eintritt frei)
11.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle

Dienstag, 28. Oktober

Fahrt zum Westfälischen Museum für Naturkunde

Veranstaltung der Arbeitsloseninitiative Werk-schlag & VHS
Treffpunkt: 9.20 Uhr, Hauptbahnhof, Service-Point

Wochenschau und Wehrmacht – Propaganda an der Heimatfront

Eine Diskussions-Veranstaltung mit Wochenschau-Ausschnitten von 1939-1945. In Kriegzeiten werden die Medien von Politikern und Militärs zu Propagandazwecken und einseitiger Information benutzt. Die Wochenschau war für die Nationalsozialisten eine Möglichkeit, um an der „Heimatfront“ die Moral zu stärken und die Wehrmacht ins rechte Licht zu rücken. Wie wird die Wehrmacht in den Filmen dargestellt? Welche Wirkung haben die Wochenschauen an der Heimatfront gehabt? Diese Fragen werden mit einem Zeitzeugen und einem Medienwissenschaftler diskutiert. Veranst.: Evangelische Studiengemeinde Dortmund und Institut für Kirche und Gesellschaft der EKvW
20.00 Uhr, ESG Dortmund

Krieg als Ultima Ratio? – Aus der Reihe: Welt-Kriegs-Ordnung

Die Kontroverse über den linken Bellizismus, mit: Moe Hielmeier (BUKO, Arbeitsschwerpunkt Weltwirtschaft u. Redakteur d. Magazins „fantomas“ und Christian Stock (Redakteur der „blätter des iz3w“)
Veranst.: Zeche Carl, Hannah Arendt Bildungs- und FIFA
19.30 Uhr, Zeche Carl, Essen



Sammelband zur Erinnerungspolitik

Vergessen dank Erinnern?!

In den 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts waren die Feuilletons der Zeitungen sowie diverse Fernseh-Talkrunden immer wieder mit geschichtspolitischen Debatten beschäftigt. In den letzten Jahren hat sich vor allem der öffentliche Diskurs sowie die Publizistik immer stärker den Deutschen als Opfern des Bombenkriegs und der Vertreibung zugewandt, während zugleich die Zeitzeugengeneration in zunehmendem Maße ausstirbt. Diese Entwicklungen werfen verschiedene Fragen auf, denen sich der Sammelband **Weiter erinnern? Neu erinnern? widmet. Die hier versammelten Aufsätze waren die Grundlage einer Veranstaltungsreihe des Arbeitskreises Erinnerungskultur aus Marburg, die 2002 unter dem Titel „Die Zukunft der Erinnerung. Vom Umgang mit der Vergangenheit“ durchgeführt wurde.**

Der Band ist in zwei thematische Blöcke unterteilt: Der erste ist der Untersuchung von Veränderungen der Geschichtspolitik in den Diskussionen um die nationalsozialistische Vergangenheit gewidmet.

Bernd Boll eröffnet den Reigen mit der Frage nach einem „Paradigmenwechsel in der Erinnerungskultur“ (13). Ausgehend von der Kritik an der ersten sogenannten „Wehrmachtsausstellung“ des Hamburger Instituts für Sozialforschung (HIS), schlägt er einen Bogen zum Historikerstreit. Er zeichnet nach, wie der revisionistische Ansatz Ernst Noltes über den Personenkreis um Rainer Zitelmann, der Deutschland wieder als „selbstbewusste Nation“ sehen wollte, Ende der 1990er Jahre auch in (links-)liberalen Kreisen Einzug fand. Als Belege führt er Klaus von Dohnanyi's „Frankfurter Rede“ von 1998 und die Rede Martin Walsers anlässlich der Verleihung des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an. „Offensichtlich schickt sich der Revisionismus an, das Sperrgebiet des Rechtsextremismus zu verlassen und mit verdünnten Parolen seinen Anspruch auf einen Platz in der politischen Mitte anzumelden.“ (33) kommentiert Boll diese Entwicklung. Die Befürchtung, die Auseinandersetzung um die deutsche Vergangenheit könne wieder zu einem gesellschaftlichen Tabu werden, weist er aber zurück. Zum einen gebe es in der BRD auch Kräfte, die eine andere Richtung vorgäben. Zum anderen hält er „für noch entscheidender [...] dass der deutsche Diskurs nicht abgeschottet ist,

sondern international vernetzt geführt wird, was ein beträchtliches Korrektiv zu allen Tendenzen der Relativierung darstellt (37).“

Eine ähnliche Richtung schlägt auch Gerd Wiesel ein, der dem Wandel der Bedeutung der Vergangenheit für die politische Gegenwart nachspürt, der laut seiner These in den letzten 15 Jahren statt gefunden hat. Die nach der Wiedervereinigung von konservativer Seite verstärkte postulierte „Entkopplung von Geschichte und Gegenwart“ im Sinne der „Aufhebung der einschränkenden Wirkung der Vergangenheit“ (143) hat sich mittlerweile weitgehend durchgesetzt. Dies gelang nicht zufällig unter einer rot-grünen Bundesregierung, wie Wiesel festhält: „Für den Durchbruch erforderlich war eine neue Generation politischer Eliten, die unbelastet von der Vergangenheit, versehen sogar mit dem Selbstverständnis als Antifaschisten, eine unbefangene deutsche Innenpolitik durchsetzen [...] können.“ (141)

Hannes Herr, Leiter der ersten „Wehrmachtsausstellung“, vergleicht dezidiert die zentralen Einzelthesen der ersten mit denen der neuen Ausstellung. Dabei kommt er zu dem Ergebnis, dass die Aufsehen erregenden Aussagen der ersten Ausstellung vollkommen verschwunden sind – mit Ausnahme der Tatsache, dass die Wehrmacht nicht unwesentlich an Kriegsverbrechen beteiligt war. Er konstatiert, Reemtsma betreibe mit der zur Zeit in Dortmund gastierenden Ausstellung „Konsensgeschichte“. Augenfälligster Beweis dafür sei die vollständige Entfernung der Landesforst und somit das Verschwinden der Täter und ihrer Mentalität.

Der Aufsatz von Günter Saathoff gleicht insgesamt leider eher einem Rechenschaftsbericht der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, deren Generalbeauftragter er seit 2000 ist. Trotz der Problematik bestimmter Aspekte und Fehlleistungen der ZwangsarbeiterInnenentschädigung fällt der Text hinter das kritische Niveau der anderen Texte dieses ersten Blocks zurück.

Im zweiten Block des Bandes setzen sich die AutorInnen mit der Beschäftigung mit der NS-Geschichte in der gegenwärtigen Alltags- und Hochkultur auseinander.

Hanno Loewy beschäftigt sich mit dem Film X-Men, der auf einer Comic-Vorlage aus den 60er Jahren basiert. Magneto, Holocaustüberlebender und wie die andern X-Men Mutant, hat der Menschheit den Kampf angesagt, weil er gestern wie heute zu den Parias gehört und keinerlei Hoffnungen mehr in die Menschen setzt. Diese „Inszenierung des Holocaust-Überlebenden als bedrohliche Figur“ betrachtet Loewy „keineswegs als antisemitische Provokation [...] sondern [als] Bestandteil einer Neudefinition der bis dahin allzu glatten,

widerspruchsfreien Comic-Helden“ (152) á la Superman oder Batman.

Kai Köhler expliziert an Hand von Texten Walsers, Bernhard Schlinks, Grass' und Enzensbergers die Gefahr einer geschichtspolitischen Wendung, die gerade im deutschen Literaturbetrieb festzustellen sei. Er konstatiert die Wandlung der Linksliberalen zu Apologeten eines positiv bestimmten „deutschen Kollektivs“. Die Hauptgefahr bestehe darin, dass, mit Ausnahme von Schlink, die Autoren „im politisch-literarischen Feld seit langem als Meinungsführer etabliert sind. [...] Deshalb kommt ihren Meinungsäußerungen heute strategische Bedeutung zu: Sie sind in der Lage, jenen Teil der Öffentlichkeit zu integrieren, der bis zum Regierungswechsel 1998 sich als kritisch verstand.“ (187)

Sabine Manke thematisiert anhand des Begriffs des „Gespenstes“ und der Figur der „blonden Frau im Dirndl“ den medialen Umgang mit der Vergangenheit. Die Schlussfolgerung ihrer Ausführungen ist optimistisch: „Die Chancen stehen in einer modernen, massenmedial vermittelten Gesellschaft immer gut für Phänomene. Solange die ihnen zugrundeliegenden Konflikte und Fragestellungen als ungelöst bestehen, werden sie als ständige Herausforderung für eine Auseinandersetzung mit ihnen immer wieder auftauchen. Ihr bewahrender Charakter hat dabei nicht nur einen reaktionären oder kompensatorischen Zug, in ihm verbirgt sich zugleich die Möglichkeit in die Tabuisierungen der Geschichte einzusteigen.“ (215)

Der letzte Beitrag, geradezu ein Epilog, skizziert die Geschichte der Gedenkstätte Dachau und die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Arbeit in den Mahn- und Gedenkstätten. Die Überschrift „Erziehung nach Auschwitz“ ist in Bezug auf die geweckten Erwartungen sicherlich irreführend. Doch bezüglich der Bedeutung der KZ-Gedenkstätten für die Aufrechterhaltung der Auseinandersetzung mit dem NS ist sie auch nicht gänzlich verfehlt.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass der Sammelband, den selbst definierten Nutzen, die Fragen zum gegenwärtigen und zukünftigen Umgang mit der deutschen Vergangenheit klarer zu machen sowie Denkanstöße zu ihrer Beantwortung zu liefern, weitgehend erfüllt. Ein vor allem wegen einzelner Aufsätze lesenswertes Buch.

maris schiffer

AK Erinnerungskultur in der Marburger Geschichtswerkstatt (Hg.): Weiter erinnern? Neu erinnern? Überlegungen zur Gegenwart und Zukunft des Umgangs mit der NS-Zeit, Münster 2003 (Unrast), 235 Seiten, 16,- EUR

:bszkolumne

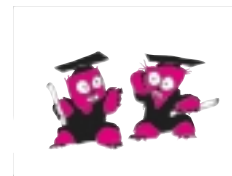
„Auf geht's, Deutschland“

So heißt eine neue Reihe in der Rheinischen Post. Ein schwarz-rot-gelber Pfeil, der forsch nach oben zeigt, bildet das Logo der gut plakatierten Kampagne, das fortan alle Beiträge kennzeichnet, in denen es darum geht, wie es mit Deutschland wieder bergauf gehen kann. Eine zugkräftige Mischung aus pathetischer Legenden-schreibung (Das Wunder von Bern, Das Wunder von Lengede) und tragischem Stolz als schuld-belastete und geläuterte Nation macht derzeit den Weg frei zu einer Stimmung, in der „endlich wieder gesagt werden darf“: „Wir sind ein Volk und wir haben es verdient, dass wir aus den unteren Rängen dieser Tabellen rauskommen, in denen wir immer in den unteren Rängen stehen.“

Einige dieser Tabellen sind jene Hochschul-Rankings, in denen in schöner Regelmäßigkeit verkündet wird, dass die deutschen Universitäten „nur noch dritte oder vierte Liga“ seien. Unter einem Foto von jubelnden Studierenden aus Harvard steht in der Rheinischen Post vom vergangenen Samstag: „Champions League: Absolventen der amerikanischen Weltklasse-Uni Harvard haben gut lachen.“ Die lachenden Champions tragen Einheitsuniform und wedeln mit amerikanischen Fähnchen. Und sie bekommen alle einen Job. Denn: „Spitzenhochschulen [...] sind eigenständige Unternehmen, die flexibel auf die Anforderungen des (Bildungs-)Marktes reagieren.“ Deshalb könnten nur folgende Maßnahmen der deutschen Uni-Landschaft helfen: totale Autonomie der Hochschulen, Stundengebühren und Evaluation der Professoren. Während mensch über Letzteres durchaus diskutieren kann, bedeutet ersteres im Klartext: die Uni soll als Unternehmen gezielt verwertbares Personal für die Anforderungen der Wirtschaft ausbilden, Fördermittel nur noch an „lukrative“ Fächer vergeben und durch Studiengebühren weniger den Plebs aus den Unis halten, sondern eher eine bestimmte Mentalität fördern: „Ich habe für mein Studium gezahlt oder als „sozial Schwächerer“ ein Stipendium bekommen, also muss ich jetzt zusehen, dass sich jede Veranstaltung „loht.“

Lohnend wird in dieser Mentalität nur noch, was sich irgendwie für einen Beruf in der freien Wirtschaft nutzen lässt. Es sei nur ganz humanistisch daran erinnert, was sich Humboldt einst als Bildungsideal wünschte: Menschen durch umfassende Bildung zu kritischen und reiferen Menschen zu machen und den größten „Lohn“ darin zu sehen, den eigenen Horizont zu erweitern und nicht darauf zu verengen, inwieweit mir das nächste Seminar dabei helfen kann, den/die Personalchefin einer Werbeagentur von meiner Einstellung

zu überzeugen. Könnte Wilhelm also die heutige Tageszeitung mit dem schwarz-rot-goldenen Pfeil nach oben lesen – man würde es in seinem Grab rumpeln hören.



:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwier
Redaktion dieser Ausgabe: Nadia Gzaderi, Heiko Jansen (hai), Daniel Kloda (dek), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)
V.i.S.d.P.: Heiko Jansen (Anschrift siehe unten)
Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900
E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de
WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz

SPEISEPLAN

Gültig für die Woche vom Mi 22.10.2003 - Di 28.10.2003

GROSSE MENSA

	STANDARD	DIE ALTERNATIVE	DIE „GRÜNE KÜCHE“	ANGEBOTE DER CAFETERIEN	
				WARMER SNACKS IN GA, GB, NA, NC, SH	KALTE SNACKS & BRÖTCHEN
MITTWOCH	PUTENGESCHNETZTES nach China Art mit Kaisergemüse und Basmatireis	KARTOFFEL-STEAKHOUSE-PFANNE mit Rahmgurkensalat	BLUMENKOHLE-KÄSE-MEDAILLON mit Karottensoße, Möhrenscheiben und Spaghetti	AB DEM 2. NOVEMBER WIRD ES auch in den Cafeten ein ERWEITERTES ANGEBOT an warmen Snacks geben.	Jeweils ab 10:30 Uhr Vitalbrötchen mit Camembert 1,20€
DONNERSTAG	SEELACHSFILET NATUR mit Robertssoße, Tomaten-Zucchini-Gemüse und Pariser-Kartoffeln	APPELFANNUCHEN mit Milchreis mit Zimt und Zucker	FRIERTE TOFUWÜRFEL dazu Eisbergsalat mit Mandariendressing und Vollkornreis		Dönerstange... ... mit Feta 1,50€ ... mit Hähnchen 1,50€
FREITAG	HÄHNCHENBRUSTFILET mit Tomate und Käse mit Lauchsoße, Pariser Karottengemüse	ERBSEN-REIS-RISOTTO Tomaten-Thunfischsoße, Penne Lisse Nudeln Tomaten-Gurkensalat	SOJA-PFANNE "CHOP-SUEY" mit Asiasalat und Vollkornnudeln		Laugenstange „Cordon Bleu“ 1,20€ Sesambrotchen mit Backfisch 1,40€
MONTAG	FRISCHE PUTENBRATWURST mit Curry-Ketchupsoße, Schinkenstreifen, Eisbergsalat mit French-Dressing	KÄSE-TORTELLONI mit Sahnesoße mit Schinkenstreifen, Eisbergsalat mit French-Dressing	CHILI-BURGER mit Pfeffer-Rahmsauce, Brokkoligemüse und Sesam-Vollkornspaghetti		Pizza Bagle mit Thunfisch 1,60€ Mini-Baguettes mit Tofu 1,60€
DIENSTAG	HÄHNCHENBRUST IM KNUSPERMANTEL mit Champignonsauce, Gemüse, Bio-Kartoffeln	NASIGORENG mit Bohnensalat	KARTOFFEL-ZUCCHINI AUFLAUF mit Knoblauchsoße, Honig-Pfirsich		Joggingbrötchen mit Lachs 1,60€ Tagesuppe im täglichen Wechsel in Essschälchen (verzehrbare) 1,00€

Zugelassene Zusatzstoffe: (1) mit Konservierungsstoff, (2) mit Antioxidationsmittel, (3) mit Farbstoff, (4) geschwefelt, (5) geschwärzt, (6) mit Phosphat, (7) mit Milcheiweiß, (8) mit Süßungsmittel, (9) mit Geschmacksverstärker, (10) enthält eine Phenylalaninquelle, (11) gewachst, (12) Schweinefleisch, (13) Rindfleisch, (14) Alkohol

--- WWW.AKAFOE.DE ---

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK